

Niederschrift

9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.02.2020
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:54 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Arne Hansen

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin

Vertretung für: Herrn Dr. Gilbert
Sieckmann-Joucken

Herr Sven-Hilmer Brauer

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Vertretung für: Herrn Sönke
Siebke

Herr Arne-Michael Berg

Vertretung für: Herrn Torsten
Kowitz

Frau Melanie Haak

Frau Silke Brandt

Herr Dieter Riemenschneider

Herr Jens Wersig

Herr Oliver Weber

Herr Heiko Evermann

Herr Matthias Ziebuhr

Herr Dr. Norbert Pranzas

Herr Michael Vollmer

Frau Marion Löding Kreiseniorenbeirat

Herr Toni Köppen

bis 19:14 Uhr

Herr Axmann Verbandsvorsteher WZV

bis 19:30 Uhr

Herr Mozer SVG

bis 21:30 Uhr

Herr Ebert FBL Immobilienverwaltung

bis 21:30 Uhr

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Frau Baum FDL Bau- und Umweltverwaltung, Kreis-
straßen/Tiefbau

Herr Hartmann FDL Kreisplanung, Regionalmanage-
ment, Klimaschutz

Frau Jensen-Schmidt FDL Wasser-Boden-Abfall

Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement

bis 21:30 Uhr

Frau Bern-Siefert Klimaanpassungsmanagerin

Herr Birnbaum Klimaschutzmanager
Frau Maßow Kreisplanung

Abwesende:

Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken -
Herr Torsten Kowitz -
Herr Sönke Siebke -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 04.09.2019 und 06.11.2019
- 3 Berichte der Verwaltung
 - 3.1 Abfallwirtschaftsbericht des WZV 2020/Nr.1
Vorlage: DrS/2020/028
 - 3.2 Eckpunkte zur Verlängerung und Optimierung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
Vorlage: DrS/2019/326-1
 - 3.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle
Vorlage: DrS/2020/021
 - 3.4 Sachstand Projekt "Radschnellwegenetz in der Metropolregion Hamburg" - Machbarkeitsstudie Radschnellweg Hamburg - Bad Bramstedt
Vorlage: DrS/2020/007
- 4 Verschiedenes
 - 4.1 Informationen und Anfragen
 - 4.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 5 Beratung und/oder Beschlussfassung

(nichtöffentlich)

- 5.1 Übernahme CKW-bedingter Mehrkosten zur Verwertung einer Gewerbefläche im Südportal in Norderstedt
Vorlage: DrS/2020/014
- 5.2 Grunderwerb für Kreisstraßen und Radwege
Vorlage: DrS/2020/030

(öffentlich)

- 5.3 Dritter Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land
Vorlage: DrS/2020/008
- 5.4 Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots in Henstedt-Ulzburg
Vorlage: DrS/2020/015
- 5.5 Autonomer E-Kleinbus Wahlstedt: Sachstand und weiteres Vorgehen
Vorlage: DrS/2020/016
- 5.6 Änderung der Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern
Vorlage: DrS/2020/020
- 5.7 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen: Energiegutachten bei allen kreiseigenen Neubauten
Vorlage: DrS/2020/032
- 6 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse
- 7 Einwohnerfragestunde II
- 8 Bericht zur Exkursion des Radverkehrsbeirates in die Niederlande
Vorlage: DrS/2020/033

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Von Seiten der Einwohner*innen wird angemerkt, dass die nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte zumindest thematisch benannt werden sollten. So könnte die Einwohnerschaft sich überlegen, ob die Punkte relevant sind und die Beschlussverkündung abgewartet wird.

Der Ausschussvorsitzende nimmt die Anregung auf. Er erläutert im Anschluss, um welche Themen es sich bei den nicht öffentlichen Tagesordnungspunkten handelt.

Weiterhin wird gefragt, warum die Anlage zum TOP 5.3 nicht öffentlich sei. Herr Hartmann erläutert, dass es sich bislang nur um einen vorläufigen Entwurf der Stellungnahme des Kreises handelt, der erst nach Beschlussfassung abgeschlossen und freigegeben werden sollte. Herr Schrenk stimmt der Veröffentlichung bis zur Sitzung des WRI zu.

Herr Schwilp aus Bad Segeberg möchte für die Generation 70+ in Bad Segeberg verbilligte Fahrkarten für den Zeitraum 9-17 Uhr einführen lassen. In Hamburg hätte man dies bereits umgesetzt. Er bittet den Kreistag um einen entsprechenden Beschluss. Weiterhin hätte er gerne weitere Busverbindungen am Wochenende ins Bad Segeberger Umland. Er nennt als Beispiel die Gemeinde Geschendorf. Der Ausschussvorsitzende verweist auf die anstehende Überarbeitung des Regionalen Nahverkehrsplans.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, TOP 3.2 als Beschlussvorlage zu verstehen. Dazu liege auch ein Antrag der SPD vor.

Herr Brauer hält zu TOP 3.2 keinen Beschluss für erforderlich. Es solle den Vorschlägen der Verwaltung gefolgt werden.

Dem Vorsitzende gehe es um keinen inhaltlichen Beschluss, sondern um einen Beschluss zum Vorgehen.

Herr Barkowsky stellt den Gegenantrag, den TOP 3.2 so zu behandeln wie in der Tagesordnung vorgesehen.

Der Vorsitzende lässt über den Vorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	3	7	2	12

Weiterhin sollen die Punkte 4.1. und 4.2. in der Tagesordnung hinter TOP 6 geschoben werden. Die nichtöffentlichen TOPs 5.1 und 5.2 sollen nach TOP 5.7 behandelt werden.

Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen einstimmig beschlossen.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 04.09.2019 und 06.11.2019

Es werden keine Änderungsvorschläge vorgetragen, die Niederschriften werden einstimmig genehmigt.

zu 3 Berichte der Verwaltung

zu 3.1 Abfallwirtschaftsbericht des WZV 2020/Nr.1 Vorlage: DrS/2020/028

Herr Wersig fragt, warum Privatpersonen bis zu 6 Wochen auf einen Sperrmülltermin warten müssen.

Herr Axmann erklärt, dass zum Jahresende Einwohner*innen den Rest ihres Kontingents nutzen. Daher könne es dann zu Engpässen bei der Terminvergabe kommen. Derzeit werde an Änderungen im System der Terminvergabe gearbeitet.

Herr Dr. Pranzas fragt nach, was Inhalt des Planfeststellungsverfahrens zur Überarbeitung der Deponie sei.

Herr Axmann antwortet, dass es um eine Anpassung der Deponiekubatur gehe zur Erhöhung der Abfallmenge und eines besseren Ablaufens von Oberflächenwasser.

Frau Prof.' in Täck fragt, wie der Stand zum Thema „Wertstofftonne“ sei und ob mit der DSD bereits Gespräche aufgenommen wurden.

Herr Axmann erklärt den Zeitplan für einen neuen Abstimmungsprozess der Systemänderung. Der Abstimmungsprozess solle dieses Jahr starten und bis 2022 abgeschlossen werden. Eine Gesprächsaufnahme mit dem DSD sei für Mitte 2021 geplant.

zu 3.2 Eckpunkte zur Verlängerung und Optimierung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V. Vorlage: DrS/2019/326-1

Herr Schrenk ergänzt die Vorlage um die Information, dass eine weitere Arbeitssitzung am 24.02.20 um 16:00 Uhr im LevoPark I stattfinden werde. Wunschgemäß seien alle Fraktionen eingeladen, eine*n Vertreter*in zur Teilnahme an dem Termin

zu entsenden.

Herr Köppen und Frau Prof. Täck wünschen sich zukünftig eine frühere Information, zum Beispiel in Form einer save-the-date-Ankündigung.

zu 3.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle Vorlage: DrS/2020/021

Frau Prof. Täck fragt zum Segeberg Waldforum nach, ob noch Vorschläge für Referent*innen gemacht werden können. Sie würde gerne vorschlagen, jemanden zum Thema „Lübecker Stadtwald“ einzuladen.

Herr Schrenk antwortet, dass bereits sämtliche Referent*innen angefragt seien. Herrn Timmermann war es wichtig, bei der Auswahl der Referent*innen Personen aus dem Kreis zu berücksichtigen. Herr Schrenk sagt zu, den Vorschlag an Herrn Timmermann weiterzugeben.

Der Vorsitzende ergänzt, dass Frau Bennett-Sturies aus dem LLUR die Veranstaltung moderieren werde. Es sollen alle Themenbereiche rund um das Thema „Wald“ abgedeckt werden, vor allem mit Expert*innen aus dem Kreis.

Herr Dr. Pranzas verweist auf eine Sendung auf ARTE zum Lübecker Stadtwald. Naturwald, Holznutzung Neuwaldbildung und Urwald wurden darin sehr gut dargestellt. Herr Schrenk dankt für die Informationen und werde diese an Herrn Timmermann weitergeben.

zu 3.4 Sachstand Projekt "Radschnellwegenetz in der Metropolregion Hamburg" - Machbarkeitsstudie Radschnellweg Hamburg - Bad Bramstedt Vorlage: DrS/2020/007

Herr Dr. Pranzas fragt, ob die Machbarkeitsstudie zur SH-Straße die Trasse des Radschnellweges berücksichtigt oder ob die Flächen nebeneinander zweimal beplant werden.

Frau Maßow antwortet, dass die Planungen zum Radschnellweg dem Land bekannt seien. Weiterhin seien Vertreter*innen der Stadt Norderstedt als auch des Kreises in der Lenkungsgruppe zur Machbarkeitsstudie des Landes vertreten und kommunizieren dort die Pläne zur Trasse des Radschnellweges.

Herr Berg fragt nach, wo die Trasse hinter der Sengelmanstraße verlaufe.

Frau Maßow antwortet, dass die Trasse auf der alten Bahntrasse parallel zur U1 bis zur Haltestelle Ochsenzoll verlaufe. Danach führe die Trasse durch ein Wohngebiet um dann durch den Stockflethweg zum Schmuggelstieg zu führen. Welche Route dort gewählt werde, entweder durch den Schmuggelstieg oder entlang der Langenhorner Chaussee bis zum Kreisel Ochsenzoll unter Nutzung der bestehenden Unterführung, werde nun in der Detailplanung geklärt werden müssen.

zu 5 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 5.3 Dritter Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land Vorlage: DrS/2020/008

Herr Hartmann ergänzt, dass mit Ausnahme des im Naturpark Holsteinische Schweiz gelegenen Vorranggebietes in Travenhorst (SEG_013) fachlich keine grundsätzlichen Bedenken gegen die ausgewiesenen Vorranggebiete bestünden. Zu der Fläche SEG_013 würde auf die vorherige Stellungnahme des Kreises sowie auf die Stellungnahme des Naturparkes verwiesen.

Herr Wersig weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion sich enthalten werde, da noch Informationsbedarf bestehe. Dieser solle im Hauptausschuss gedeckt werden.

Herr Köppen fragt nach den Abwägungsgründen des Landes, die zu einer Beibehaltung des Vorranggebietes 013 und einer Streichung des Vorranggebietes 012 in Nehms geführt haben und verweist auf die in Travenhorst gegebenen Abstände zu nächstgelegener Wohnbebauung.

Herr Hartmann erläutert, dass die Abwägung in den ausliegenden Unterlagen vollständig dokumentiert sei. Ausschlaggebend für die Streichung der Fläche SEG_012 in Nehms sei der Nachweis eines Rot Milan-Horstes gewesen. Er erläutert weiterhin die der Planung zugrunde liegende Abstandregelung.

Herr Dr. Pranzas verweist auf die technische Entwicklung. Danach können z.B. mittels Detektoren anfliegende Großvögel erkannt und die Anlage temporär abgeschaltet werden. Herr Hartmann verweist auf die erforderlichen Einzelgenehmigungsverfahren, in denen ggf. zum Schutz der Vögel erforderliche Auflagen festgelegt werden, in denen auch solche technischen Lösungen zum Einsatz kommen können.

Herr Köppen merkt an, dass die tatsächliche Immissionsbelastung für die Menschen durch die geltenden Abstände nicht hinreichend berücksichtigt sei. Herr Hartmann führt hierzu aus, dass hier – anders als im Straßenbau oder beim Sportlärm – keine verbindlichen Grenzwerte existieren würden. Die in der Planung formulierten Mindestabstände stellen den derzeitigen Erkenntnisstand darüber dar, wo rechtssicher eine untere Grenze der Zumutbarkeit festgelegt werden könne und auch müsse. Im Bereich von Ortslagen seien aus Gründen der Naherholung und der Siedlungsentwicklung zusätzliche Puffer festgelegt worden.

Herr Dr. Pranzas verweist auf spezielle Berechnungsmodelle, die eine Immissionsbelastung dezidiert feststellen können.

Herr Evermann fordert als Abstandsregelung die 10-fache Anlagenhöhe. Herr Hartmann verweist auf die Rechtslage, wonach der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum zu verschaffen sei. Würde man der Forderung der AfD folgen, ließen sich nicht ausreichend Flächen ausweisen.

Frau Prof. Täck verweist darauf, dass andere Energieträger mit deutlich negativeren Auswirkungen verbunden seien, zum Beispiel das Kohlekraftwerk Wedel. Der Vorsitzende erklärt, dass der Beschlussvorschlag verändert werden könne und stellt ihn sodann zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Entwürfe der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land werden zur Kenntnis genommen.

Auf die Stellungnahme der Verwaltung des Kreises Segeberg als Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Regionalplans III sowie auf die Stellungnahmen der Gemeinden wird verwiesen.

Darüber hinaus werden keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD			3	3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE			1	1
Gesamt	7	1	4	12

zu 5.4 Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots in Henstedt-Ulzburg Vorlage: DrS/2020/015

Herr Brauer merkt an, dass es gut wäre, auch das Umland der Gemeinde zu berücksichtigen, um den ländlichen Raum besser mit Busverkehren zu versorgen.

Herr Mozer bestätigt, dass im Vertiefungsgutachten die Untersuchung von on-demand-Ansätzen ausdrücklich vorgesehen sei, woraus sich womöglich aufs übrige Kreisgebiet und damit den ländlichen Raum übertragbare Erkenntnisse gewinnen ließen.

Herr Wersig fragt, ob das Vertiefungsgutachten nötig sei. Es gebe doch bereits ein Verkehrsgutachten für die Gemeinde Henstedt-Ulzburg.

Wie Herr Mozer betont, sei ein zwischen Kreis und Gemeinde konsens- und damit umsetzungsfähiges Gutachtenergebnis zur Realisierung wirksamer ÖPNV-Verbesserungen erforderlich. Dazu erscheine das Vertiefungsgutachten notwendig, weil auf Basis des bisherigen Gutachtens kein Konsens zwischen Kreis und Gemeinde erzielt

werden konnte. Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg fasse den analogen Beschluss zum Vertiefungsgutachten vsl. im März/April zum Erweiterungsgutachten.

Des Weiteren fragt Herr Wersig, ob das Ergebnis des Vertiefungsgutachtens rechtzeitig vorliegen werde, um noch in den neuen RNVP aufgenommen werden zu können.

Herr Mozer antwortet, dass dies nicht garantiert werden könne, was aber unkritisch sei. Denn der RNVP sei ein Rahmenplan, dessen Entwicklungskonzepte vor der jeweiligen Realisierung einer konkreten Umsetzungsplanung bedürften. Insofern reiche es aus, die beabsichtigte ÖPNV-Verbesserung in Henstedt-Ulzburg grundsätzlich im RNVP zu verankern.

Herr Evermann regt an, die Tarifzonen A+B des HVV bis zum Bhf. Meschensee auszuweiten.

Herr Mozer führt aus, dass Marktforschungen zeigen, dass es im ÖPNV primär auf das Preis/Leistungsverhältnis und nicht auf den Preis alleine ankomme. Die Hamburg AB-Tariffrage sei zudem alles andere als einfach, da sie die Grundstrukturen des HVV-Gemeinschaftstarifs betreffen. So könne die im 20 km-Radius um den Hamburger Rathausmarkt verlaufende Grenze nicht singulär für Henstedt-Ulzburg ausgedehnt werden, sondern müsste im Gesamtkontext gedacht und vergleichbare Orte wie Tornesch (PI) oder Bargteheide (OD) ebenso umfassen. Die damit verbundenen Mindereinnahmen wären hoch, lägen primär im Bahnverkehr und müssten zuständigkeitshalber weit überwiegend vom Land getragen werden, wofür dort keine Bereitschaft zu erkennen sei. Ob sich diesbezüglich im Rahmen der strategischen HVV-Tarifstrukturreform (vgl. TOP 4.1) mittel- bis langfristig Gestaltungsmöglichkeiten ergeben könnten, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht belastbar sagen; kurzfristige Möglichkeiten werden nicht gesehen.

Herr Riemenschneider merkt an, dass der Bhf. Meeschensee sowohl von Henstedt-Ulzburg, Norderstedt und Quickborn genutzt werde. Trotzdem gebe es bisher keine Busanbindung, woraus viel P+R-Verkehr resultiere.

Herr Mozer erklärt dazu, dass die Gutachtenvertiefung entsprechend angelegt sei.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag sodann zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der HA beschließt: Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen. Die Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots in Henstedt-Ulzburg wird weiterverfolgt. Die dazu erforderliche gutachterliche Vertiefung wird umgesetzt und die hierfür notwendigen Mittel bereitgestellt. Die Finanzierung ist zu gleichen Teilen vom Kreis Segeberg und der Gemeinde Henstedt-Ulzburg zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 5.5 Autonomer E-Kleinbus Wahlstedt: Sachstand und weiteres Vorgehen Vorlage: DrS/2020/016

Herr Evermann bittet um erneute kurze Darstellung der Gesamtkosten für das Projekt in der Umsetzung.

Herr Mozer erläutert, dass zu diesem Zeitpunkt dazu keine verlässliche Angabe gemacht werden könne. Er rechne allerdings mit einer niedrigen 6-stelligen Summe pro Jahr für den Betrieb des E-Kleinbusses. Er empfiehlt für alle Projektphasen, Fördermittel zu akquirieren. Der E-Mobilitätsmarkt sei ein sehr junger Markt mit wenigen Herstellern und Produkten, die nicht seriell hergestellt werden. Die Marktdynamik könne sich täglich verändern, so dass langfristige Aussagen zu Kostengrößen nicht verlässlich getätigt werden können. Er erhoffe sich einen starken Impuls und neue Produkte im Rahmen des ITS (Intelligent Transport Systems) Kongresses 2021 in Hamburg.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag sodann zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der HA beschließt: Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen. Die Einrichtung einer autonomen E-Kleinbuslinie in Wahlstedt mit Bahn-Anbindung wird weiterverfolgt. Der dazu erforderliche 3. Schritt wird umgesetzt und die hierfür notwendigen Mittel bereitgestellt. Die Finanzierung ist zu gleichen Teilen vom Kreis Segeberg und der Stadt Wahlstedt zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	12		1	12

**zu 5.6 Änderung der Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern
Vorlage: DrS/2020/020**

Frau Jensen-Schmidt ergänzt, dass die Anpassung aufgrund einer neuen Förderkulisse notwendig sei.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag sodann zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt die Änderung der „Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung von Gewässern“ in der dargestellten Fassung (Anlage1).
2. Der Hauptausschuss beschließt gemäß Ziffer 3.7 der „Richtlinie für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg“, dass Ziffer 3.4 der v. g. Richtlinie auf Fördermaßnahmen nach der „Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung von Gewässern“ grundsätzlich nicht anzuwenden ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 5.7 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen: Energiegutachten bei allen kreiseigenen Neubauten
Vorlage: DrS/2020/032**

Frau Prof. Täck stellt den Antrag vor. Alle kreiseigenen Neubauten sollten Energiegutachten haben, in dem nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Betriebskosten eine Rolle spielen sollten. Es solle bei allen Vorhaben die Klimaschutzleitstelle eingebunden werden.

Herr Weber fragt, warum im Antrag nur von 25 Jahren Betrachtungszeitraum ausgegangen werde. Die Nutzung von Gebäuden gehe in der Regel über 25 Jahre hinaus. Frau Prof. Täck erläutert, dass hierbei eine Orientierung an der Lebensdauer technischer Systeme erfolge.

Herr Wersig fragt, was genau ein Energiegutachten untersuchen solle.

Frau Prof. Täck erläutert, dass ein Energiegutachten sechs verschiedene Wärme-

und Dämmungstechniken für einen Neubau untersuchen solle.

Herr Brauer fragt nach, ob sich der Antrag auf alle zukünftigen Projekte des Kreises beziehe und ob laufende Projekt ausgeschlossen seien. Weiterhin fragt er nach, was ein solches Gutachten an Kosten und Aufwand verursache und was so ein Gutachten beispielsweise für ein Gebäude wie das neue Kreishaus in der Rosenstraße bedeuten würde und was für zusätzliche Kosten dort zu Stande kämen. Außerdem wüsste er gerne, wie viele Kosten ggf. durch ein solches Gutachten eingespart werden könnten. Er merkt an, dass die Vorlage insgesamt zu unverständlich formuliert sei.

Frau Prof. Täck erläutert, dass sich die Vorlage nur auf zukünftige Projekte beziehe. Zu den Kosten eines Gutachtens könne sie keine Aussagen machen, dies hänge stark von dem geplanten Vorhaben ab. Auch zu den Möglichkeiten der Einsparung von Kosten könne sie keine Aussage treffen. Allerdings habe sie mit Kollegen*innen aus Norderstedt gesprochen. Dort seien die Einsparungen durch den Einsatz neuester Technik in den Bereichen Beleuchtung, Belüftung, etc. pro Gebäude erheblich.

Herr Weber bittet darum, den Antrag auf die nächste Sitzung zu verschieben, dann könnten bspw. zum Thema Kosten fundierte Informationen eingeholt werden.

Frau Prof. Täck antwortet, dass die Kosten pro Projektvorhaben schwanken und somit keine detaillierten Kosten benannt werden können.

Herr Evermann plädiert dafür, den Kostenansatz bereits in der Planung und Ausschreibung von Bauvorhaben zu berücksichtigen.

Frau Prof. Täck sagt, es solle zukünftig einen Gesamtprozess geben, in dem die Gutachter und Architekten zusammen arbeiten sollen.

Nach Abschluss der Diskussion erhält Herr Ebert für die Verwaltung das Wort. Er unterstütze grundsätzlich die Zielsetzung des Antrages und verweist darauf, dass Vieles von dem, was jetzt beantragt werde, bereits umgesetzt werde, gerade beim Neubau in der Rosenstraße. Die Untersuchung zur technischen Gebäudeausstattung finde regelmäßig bereits in den Architektenleistungen statt. Aus seiner Sicht bedarf es keiner Extragutachten, die genannten Punkte werden bereits im Lastenheft der Ausschreibung für die Architektenleistungen berücksichtigt. Er sehe vor allem ein größeres Einsparpotential bei bestehenden Gebäuden des Kreises bei Sanierungsvorhaben.

Frau Lexau stellt klar, dass eine Zusammenarbeit der Planer und Techniker bereits stattfinde bei laufenden Projekten des Kreises, bei der unterschiedliche Varianten zur Gebäudetechnik untersucht werden. Dabei müssen nicht immer alle Möglichkeiten bis ins Detail überprüft werden. Einige Techniken schließen sich von vornherein für bestimmte Gebäudetypen aus. Als Beispiel nennt sie Windenergieanlagen für Bürogebäude.

Sie teilt die Aussage von Herrn Ebert, dass das größere Einsparpotential bei Vorha-

ben an Bestandsimmobilien bestehe.

Frau Prof. Täck bedankt sich für die Erläuterungen von FB V.

Herr Barkowsky empfiehlt der Fraktion, den Antrag zurück zu nehmen.

Herr Weber schließt sich Herrn Barkowsky an.

Der Vorsitzende sieht keine Mehrheit für den Antrag. Der Impuls, den der Antrag geben wollte, sei aber deutlich geworden. Wenn die genannten Maßnahmen aber bereits in der Praxis umgesetzt werden, sei der Antrag verzichtbar.

Der Antrag wird zurückgezogen.

zu 6 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt.

zu 4 Verschiedenes

zu 4.1 Informationen und Anfragen

Frau Baum berichtet, dass der Tiefbau seit Ende letzten Jahres personell stark unterbesetzt sei. Die Stelle der Teamleitung wurde bereits dreimal in verschiedener Form erfolglos ausgeschrieben. Der Personalmangel werde sich in diesem Jahr massiv bemerkbar machen, so dass die Leistungen nicht wie in den Vorjahren erbracht werden können. Es sei ein Termin mit den verkehrspolitischen Sprechern der Kreistagsfraktionen vor der Sitzung im Juni geplant, in dem dies thematisiert werde. Bis dahin würden alle Maßnahmen im Haushalt auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft.

Herr Mozer berichtet zum aktuellen Stand in der Sache HVV-Tarifstrukturreform. In der entsprechenden Sondersitzung des HVV-Aufsichtsrates im Dezember wurden von diversen HVV-Gesellschaftern, insbesondere den HH-Randkreisen, Forderungen nach einer kundenfreundlicheren Tarifgestaltung eingebracht. Der HVV-Aufsichtsrat habe beschlossen, bei der Tarifentwicklung zweigleisig zu fahren. So sei die HVV-Geschäftsführung beauftragt worden, ein langfristiges Tarifreform-Konzept zu erarbeiten. Da dies bis zu drei Jahre dauern könne, müssen auch kurzfristig umsetzbare, kundenfreundliche Verbesserungen entwickelt werden. In diesem Kontext seien diverse HVV-Gesellschafter unzufrieden damit, dass Hamburg ein 360 €-HVV-Azubi-Ticket (Preis/Monat 70 €, Finanzierung: 30 € Azubis, 20 € Hamburg, 20 € Arbeitgeber/Kammern) nur für Hamburger Azubis zur Umsetzung 08/2020 beschlossen habe, ohne eine HVV-weite gemeinsame Lösung anzustreben. Es solle nun schnellstmöglich an einer Übertragung dieses Modells auf das gesamte HVV-Gebiet gearbeitet werden, im April solle der HVV erste Lösungsansätze vorstellen. Das Azubi-Ticket sei mit dem Semesterticket vergleichbar. Auch für Schüler sei perspektivisch ein 360 €-Ticket geplant. Damit würden dann alle in Ausbildung befindliche Grup-

pen gleichbehandelt.

Die Neuvergabe des Teilnetzes SE 3-9 laufe. Die Angebotsfrist ende am 18. Februar. Im März werde nach Auswertung der eingegangenen Angebote das Ergebnis vorliegen.

Die Arbeiten am 5. Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) haben begonnen. Gemeinsam mit allen weiteren SH-HVV-Kreisen solle er erarbeitet werden. Die Beschlussfassung sei für Dezember 2020 vorgesehen.

Herr Brauer fragt Herrn Mozer, wem die Buswartehäuschen an allen Bushaltestellen im Kreis gehören. Herr Mozer antwortet, dass diese den Kommunen gehören.

Herr Dr. Pranzas fragt nach den Auswirkungen der neuen Landschaftsrahmenplanung auf die Ausweisung von Schutzgebieten. Wer habe welche Zuständigkeit und wie funktioniere die Umsetzung auf kommunaler Ebene. Der Vorsitzende und Herr Schrenk behandeln diese Fragen als Anregung für die nächste Sitzung.

Herr Schrenk informiert, dass die konstituierende Sitzung der Lenkungsgruppe zum Fairtrade Kreis am 09.03. im LevoPark (Interimsstandort des VJKA) stattfinden werde. Herr Kütbach habe sich als Kandidat zur Wahl des Lenkungsgruppenvorsitzenden zur Verfügung gestellt.

zu 4.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Schrenk informiert, dass die Neustrukturierung der VGN, d. h. im Wesentlichen der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgabenträgerschaft für die U1-Teilstrecke und die Neufassung des Gesellschaftervertrages voraussichtlich in der Juni-Sitzung des UNK beraten werden solle. Zur Bearbeitung dieses Themas solle der Arbeitskreis Beteiligungen reaktiviert werden.

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 8 Bericht zur Exkursion des Radverkehrsbeirates in die Niederlande Vorlage: DrS/2020/033

Der Bericht wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Arne Hansen
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Maßow
(Protokollführung)